

SACHSEN

SPD

Sachsen bleibt

Energieland.

KLIMASCHUTZ, STRUKTUR- UND ENERGIEWANDEL

SACHSEN BLEIBT ENERGIELAND

Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 16. März 2019

Warum kümmern wir uns darum?

Ein entschlossenes Handeln für eine noch mögliche Begrenzung der vom Menschen verursachten Klimaüberhitzung entscheidet über die Zukunftschancen unserer Gesellschaft. Aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen müssen wir heute alle Anstrengungen unternehmen, die Verpflichtungen einzuhalten, die Deutschland im Pariser Klimaschutzabkommen eingegangen ist, insbesondere die Begrenzung der globalen Klimaerwärmung auf 1,5 Grad („1,5 Grad-Ziel“).

Klimaverantwortung ist ein Schicksalsthema. Mit ihm entscheidet sich die Zukunft unserer Kinder und Enkel, unserer Gesellschaft, von Menschen in anderen Regionen, ja unseres Planeten. Die Klimakrise bedroht die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen. Klimaschutz ist deshalb auch Friedenspolitik und Migrationspolitik.

Deshalb darf der Klimaschutz nicht hinter anderen politischen Zielen zurückstehen. Dies findet Ausdruck in den Vorschlägen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, mit denen Deutschland einen entscheidenden Schritt zu mehr Klimaverantwortung und einer verantwortungsbewussten Energiepolitik gehen wird. Dies ist verbunden mit neuen Unsicherheiten für die Beschäftigten in den Braunkohlerevieren; und erst recht mit neuen Chancen für unser Land. Für die Menschen vor Ort in den jeweiligen Regionen.

Klimaverantwortung ist keine Angelegenheit, die sich in internationalen Abkommen auf abstrakter Ebene abspielt. Klimaverantwortung spielt im Hier und Jetzt, ist konkret und hat Auswirkungen auf den Alltag aller Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb hat die SPD als Volkspartei und in Wahrnehmung ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung Klimaschutz, Struktur- und Energiepolitik zu einem zentralen Feld ihres Handelns gemacht. Die SPD steht dabei für eine Politik mit Augenmaß: wir führen keine ideologischen Kämpfe, wir machen eine pragmatische Politik, die die Menschen im Fokus hat, die ihre Sorgen aufgreift und Lösungen anbietet.

Die sächsische SPD hat deshalb in den letzten Jahren auf den Parteitag in Leipzig, Neukieritzsch und Dresden wichtige Beschlüsse zu Klimaschutz, Strukturwandel und Energiepolitik gefasst.

Ein zentraler Beschluss ist, die Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in die sächsische Verfassung anzustreben. Darüber hinaus streben wir die Einführung eines sächsischen Klimaschutzgesetzes an.

Gestern, heute, morgen – vom Kohleland zum Energieland Sachsen

Die Beschäftigten in der Kohleindustrie haben einen entscheidenden Beitrag zur Erarbeitung des Wohlstands geleistet, den wir heute genießen. Dafür gebührt ihnen Respekt und Anerkennung. Nach den Umbrüchen der Wendezeit müssen die Menschen in der Lausitz und im

Mitteldeutschen Revier erneut gravierende Veränderungen in ihrem und im Leben ihrer Familien meistern. Damit dies fair und mit Augenmaß geschieht, dafür steht die SPD ein.

Gleichzeitig können wir stolz sein, dass in den letzten Jahren viele Unternehmen mit mehreren tausend Beschäftigten eine neue Energieindustrie aufgebaut haben. Im Bereich der Erneuerbaren Energien arbeiten in Sachsen schon heute ca. 15.000 Menschen und leisten eine erhebliche Wertschöpfung. Wir werden mit ganzer Kraft den Unternehmen dieser Branche und ihren Beschäftigten dabei helfen, dass aus dem „Braunkohleland Sachsen“ das „Energiland Sachsen“ wird.

Die größte Bedeutung kommt dabei dem Umbau der Energiewirtschaft zu. In diesem Sektor wurden mit der Energiewende bereits wichtige Weichen gestellt. Durch den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien und den schrittweisen Rückgang der fossilen Energieversorgung sollen die Emissionen des Sektors bis 2030 um bis zu 62 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Mit den Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ lassen sich die Ziele in der Energiewirtschaft erreichen. Gleichzeitig ist gesichert, dass die Kohleregionen neue Entwicklungschancen erhalten und die heutigen Beschäftigten in der Kohleverstromung sozial abgesichert sind. Deshalb stehen wir als sächsische SPD hinter dem Kompromissvorschlag der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zum endgültigen Ausstiegsjahr 2038. Eine Aufweichung dieses Kompromisses in beide Richtungen lehnen wir ab.

Klimaschutz, Strukturwandel und Energiewende werden nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger dies im ganzen Land akzeptieren und zu ihrer Sache machen. Deshalb sind das Erringen und die Sicherung von Akzeptanz, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung und eine transparente, faire Kommunikationspolitik zentrale Erfolgsfaktoren für die Aufgabe vor der wir stehen.

Strukturpolitik – wie weiter nach der Kommission Wachstum Strukturwandel und Beschäftigung?

Wir unterstützen die Vorschläge der „Kohlekommission“. Sie sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Kompromisses, der uns allen erlaubt, nun nach vorn zu schauen.

Deshalb wollen wir, dass die Vorschläge der Kommission rasch und vollständig in geltendes Recht überführt werden.

Sorgfalt und Verantwortung stehen für uns dabei im Vordergrund.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung und der damit verbundene Strukturwandel in den Revieren ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Doch wir in Sachsen können damit umgehen, wir haben den Strukturwandel schon einmal erlebt. Deshalb ist es richtig, dass in den nächsten Jahren erhebliche Mittel des Bundes für diese Aufgabe bereitgestellt werden. Wir wissen aber auch, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann und dass die Mittel, die in die sächsischen Kohlereviere fließen sollen, an anderen Stellen nicht zur Verfügung stehen werden.

Wir wollen nicht, dass sich daraus ein Gegeneinander der deutschen Länder und Regionen entwickelt.

Daraus leitet sich eine besondere Verantwortung bei der Prüfung der Maßnahmen für den Strukturwandel und für den sorgfältigen Einsatz der bereitgestellten Mittel ab. Uns ist dabei wichtig, dass aus dem Sammelsurium der Maßnahmen und Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ein strategisches Gesamtkonzept wird.

Die Beschleunigung der Planungsverfahren ist uns dabei besonders wichtig. Diese darf aber nicht zu Lasten des Umweltschutzes gehen und mit einer Einschränkung der Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger einhergehen. Darum muss Bürgerbeteiligung von Beginn an mitgedacht und Teil des Pakets zur Planungsbeschleunigung sein. Der Strukturwandel gelingt nur mit den Bürgerinnen und Bürgern – deshalb gehört Partizipation und Bürgerbeteiligung von Beginn an dazu.

Mit CO2 neutraler Energiepolitik gegen die Klimakrise

Die Energiewende ist ein zentraler Baustein von erfolgreichem Klimaschutz und Strukturpolitik. Sie findet nicht allein in der Energiewirtschaft, sondern in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft statt.

Dabei geht es vor allem um die Reduktion des Ausstoßes von CO₂ und anderer, schädlicher Klimagase. Zur Erreichung des Ziels einer CO₂-Vermeidung wollen wir unsere Politik darum ressortübergreifend ausrichten.

Bei der Vermeidung von CO₂ setzen wir vor allem auf einen konsequenten Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten. Wir wollen darum eine CO₂-Bepreisung/CO₂-Steuer einführen – nicht als zusätzliches, sondern als neues, zentrales Steuerungselement für Klimaschutz und Energiepolitik. Um wirksame Maßnahmen abzuleiten, ist uns die Berechnung und Ausweisung des CO₂-Restbudgets für Deutschland und Sachsen besonders wichtig. In diesem Zusammenhang soll eine Überprüfung des energiewirtschaftlichen Gesamtsystems mit dem Ziel des Abbaus von Ineffizienz, Widersprüchen und Überregulierung erfolgen.

Wir wollen, dass Unternehmer, Eigentümer, Investoren und Anleger die Risiken, die sich aus der Klimakrise für sie ergeben, kennen und sie angemessen in ihre Entscheidungen einbeziehen. Deshalb sollen veröffentlichungspflichtige Unternehmen die sie betreffenden, klimabasierten Risiken im Berichtswesen ihres Unternehmens ausweisen und veröffentlichen. Wir wollen, dass eine solche Berichts- und Veröffentlichungspflicht von klimabasierten Risiken für alle Unternehmen im Rahmen ihrer Publikationspflichten verbindlich eingeführt wird.

Besonders fordern wir dies für die Unternehmen der öffentlichen Hand, damit ihre Eigentümer, also die Bürgerinnen und Bürger, transparent nachvollziehen können, welche Risiken sich aus der Klimakrise für ihr Eigentum ergeben und wie die jeweiligen Unternehmensleitungen auf diese reagieren.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Sachsen soll sich künftig an den bundesdeutschen Zielen orientieren. Die SPD Sachsen bekennt sich dabei zu dem Ziel, bis 2050 den Energiebedarf des Freistaates vollständig aus Erneuerbaren Quellen zu decken. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Kommunalwirtschaft, insbesondere die Stadtwerke, in Sachsen.

Eine moderne, CO₂-neutrale, Energiepolitik („Energiewende“) ist das zentrale Element im Kampf gegen die Klimakrise. Den kommunalen Unternehmen, insbesondere den Stadtwerken, den Verkehrsbetrieben und der Wohnungswirtschaft kommen bei der sektorübergreifenden Gestaltung der Energiewende eine zentrale Rolle zu. Dies schließt auch die Änderung im Mobilitätsverhalten, der Wärmegewinnung und Nutzung sowie die Verbesserung der Energieeffizienz ein. Damit sie diese Aufgabe erfüllen können, muss die Innovations- und Investitionskraft der Stadtwerke und der anderen kommunalen Unternehmen erhalten und gestärkt werden.

Maßnahmen in alle Sektoren

Die Bundesregierung hat alle Sektoren, die Klimagase emittieren, identifiziert und Ziele für die Reduktion der Klimagase für jeden Sektor in einem Klimaschutzplan 2050 festgelegt. Um diese Ziele umzusetzen, braucht Sachsen eine integrierte Klima- und Energiestrategie, die alle Bereiche einbezieht, die Treibhausgase erzeugen und sozial- und wirtschaftspolitische Belange berücksichtigt. Der Bericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ beschreibt, wie Klimaschutz mit sozialer Sicherheit und neuen wirtschaftlichen Perspektiven für betroffene Regionen vereinbart werden kann. Die Kommission schlägt darüber hinaus konkrete Maßnahmen zur Umsetzung vor.

Der Infrastrukturausbau in den Sektoren Strom, Landwirtschaft, Verkehr und Gebäude steht dabei im Vordergrund.

Strom – Sonne, Wind und Wasser schicken keine Rechnung

Wir wollen den Ausbau Erneuerbarer Energien stärker fördern. Insbesondere die Nutzung regenerativer Energien in den Braunkohlegebieten muss ein Politikschwerpunkt werden. Dort sind sowohl Flächen als auch Leitungen für einen großflächigen Ausbau von Wind- und Solarparks sowie Speichertechnologien vorhanden.

Die wichtigsten **Maßnahmen** sind:

1. Erneuerbare Energie ausbauen

- Nutzung der Potenziale für Wind- Sonnenenergie und Wasserkraft in Sachsen
- Ausweisung von Vorrang- und Eignungsgebieten für Wind- Solarparks und Stromspeicher zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme, insbesondere in den vorhandenen und zukünftigen Braunkohlefolgelandschaften
- Förderung des Mieterstroms und Nutzung von Dachflächen öffentlicher Gebäude für Photovoltaik

2. Energiespeicherung auf ein neues Niveau heben

- Förderung von Batteriespeichern in Haushalten und Unternehmen
- Forschung und Innovation im Bereich Energiespeicher
- Umsetzung des Masterplans Energieforschung
- Potenziale an sächsischen Hochschulen nutzen und Markteintritt für neue Produkte und Dienstleistungen erleichtern

3. Sicherung von Grundlast und Fernwärmeversorgung

- Bau Kohlekraftwerke ersetzender Gas(heiz)kraftwerke, auf Grundlage regionaler Entscheidungen
- Wasserkraft als erneuerbare Energie weiter unterstützen

4. Dezentrale Energie in Bürger-, Mieter- und kommunaler Hand

- Unterstützung/Förderung von Bürgerenergiegesellschaften/-genossenschaften
- Förderung/Unterstützung von Kommunen bei Bau/Beteiligung an regenerativen Energieerzeugungsanlagen

- o Senkung der Hürden für die Realisierung von Mieterstrommodellen.

Nachhaltige Landwirtschaft ist aktiver Klimaschutz

Von einer nachhaltigen Landwirtschaft profitieren sowohl die ländlichen Räume in Sachsen als auch die Verbraucher in den urbanen Zentren. Sowohl die Zahl der ökologisch produzierenden Betriebe in Sachsen als auch die ökologisch bewirtschaftete Fläche hat in den letzten 20 Jahren zugenommen. Nachhaltige Produktionsverfahren in der Landwirtschaft und der Lebensmittelherstellung haben positive Arbeitsmarkteffekte. Deshalb ist eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik gleichzeitig wirksame Wirtschaftsförderung für die ländlichen Räume in Sachsen.

Zu einer Strategie im Bereich der Landwirtschaft zählen deshalb folgende **Maßnahmen**:

1. Mehr Ökologie in der Landwirtschaft

- Stärkere finanzielle Unterstützung beim Umstieg von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft
- Erhalt der Biodiversität, Klimaschutz und Gewässerschutz fördern und Landwirte, die sich für Natur- und Klimaschutz sowie Tierwohl über den gesetzlichen Rahmen hinaus engagieren, stärker unterstützen
- Verlust von Grünland stoppen: Die Umwandlung von Grünland in Ackerland muss gestoppt und umgekehrt werden.
- Stickstoffdüngung wirksam begrenzen: Durch die Überdüngung von Böden werden Treibhausgasemissionen verursacht, die durch eine Umstellung der Düngung von Stickstoff auf andere Formen vermieden werden könnten.

2. Mehr Verbraucherschutz in der Landwirtschaft

- Stärkere Förderung regionaler nachhaltiger Lebensmittel durch bessere Kennzeichnung und verlässliche Zertifizierung.

Verkehrswende auf den Weg bringen

Ziel der Verkehrswende ist es, die Energieautonomie im Verkehrsbereich zu verbessern und Treibhausgasemissionen drastisch zu senken.

Das wird nur gelingen, wenn unnötige Verkehre vermieden und klimaschonende Verkehre gestärkt werden. Dazu gehört der Einsatz alternativer Antriebe genauso wie die Förderung von Verkehren per Fuß, mit dem Rad, auf der Schiene und im ÖPNV. Der Güterverkehr muss dabei stärker auf die Schiene verlagert werden. Darüber hinaus müssen wir digitale Technologien nutzen, um die Verkehrswege besser auszulasten und Staus zu verhindern. Wir wollen die Elektromobilität in Sachsen technologieoffen stärken: sowohl in der Automobilindustrie wie auch in der öffentlichen Personenbeförderung und im Güterverkehr.

Konkret geht es um folgende **Maßnahmen**:

1. Ausbau des Umweltverbundes und Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit

- Stärkung von Fußgängern und Fahrradfahrenden in unseren Städten
- Ausbau des ÖPNV / SPNV und Fokussierung auf eine vernetzte Mobilität
- Digitalisierung des Verkehrs und Verknüpfung bestehender Ride- und Sharing-Angebote mit dem ÖPNV

2. Elektromobilität voranbringen

- Technologieoffene Förderung der E-Mobilität für Batterie und Brennstoffzelle
- Förderprogramm E-Mobilität im ÖPNV (weitere Elektrifizierung von Bahnstrecken)

3. Güter auf die Schiene und intelligente Logistik

- Verbesserung der Transport- und Infrastrukturbedingungen im Güterverkehr, z.B. durch Förderung einer Rollenden Landstraße
- Aufbau von Güterverkehrszentren
- Smart Logistics – Förderprogramm für multimodalen Warentransport (Hubs zur Verknüpfung von Schiene und Straße)
- schnelle Umsetzung des Förderprogramms für Lastenfahrräder
- Teststrecke für LKW mit Brennstoffzelle

4. Nachhaltige Beschaffung, Subventionen und Infrastruktur

- Aktionsprogramm klimaneutraler öffentlicher Fuhrpark Sachsen bis 2030
- für die Verkehrsinfrastruktur gilt, mit Ausnahme von sinnvollen Strukturentwicklungsprojekten, Erhalt vor Neubau
- Abbau klimaschädlicher Subventionen, wie z.B. im Flugverkehr

Gebäudebestand klimaneutral umgestalten

Auf Gebäude entfallen rund 40 Prozent des Energieverbrauchs. Der größte Teil des Energieverbrauchs entfällt auf die Beheizung, ein geringerer Teil auf die Kühlung und die Beleuchtung sowie den Betrieb von Haushaltsgeräten.

Der vielversprechendste Weg zur Klimaneutralität im Gebäudebereich ist die Steigerung der Energieeffizienz. Dazu gehört die Dämmung der Gebäudehülle, der Einsatz von nachhaltigen Baustoffen, der Austausch von alten Heizungsanlagen, aber auch die Nutzung Erneuerbarer Energiequellen und der Umstieg vom bloßen Verbrauch von Energie zur Erzeugung von Energie z. B. durch Photovoltaikanlagen auf Dächern, Geothermie oder der Speicherung von Strom durch Batterien.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind bereit, den Weg zur Klimaneutralität in den von ihnen bewohnten Gebäuden zu gehen. Damit wird der Wert von Gebäuden erhöht, die Energiekosten gesenkt und die Vermietbarkeit von Objekten verbessert.

Um die Potenziale der Klimaneutralität des Gebäudebestandes heben zu können, sind wichtige **Maßnahmen** auf den Weg zu bringen:

1. Energiewende im Wärmesektor

- Aufstellung einer Landesstrategie für den Wärmesektor

2. Förderung der Energieeffizienz und -beratung

- Steuerliche Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebereich und Ausweitung von SAB-Darlehen für Klimaneutralität für Eigentümer, Mietwohnun-

gen und Gewerbetreibende

- Förderung der Anschaffung von Haushaltsgeräten mit der höchsten Energieeffizienz
- Verbesserung und Verzahnung der Energieberatung für Kommunen und private Haushalte, z.B. durch SAENA und Verbraucherzentrale

3. Klimaneutrale Gebäude schaffen

- Aktionsprogramm Klimaneutralität öffentlicher Gebäude bis 2030
- Verankerung des Ziels der Klimaneutralität in der Raumordnung/Landesentwicklung, im Städtebau und in der Wohnraumförderung
- Förderung von innovativen Modellen und Ideen zur Energie- und Wärmenutzung (z.B. Nutzung der Abwärme von Computer-Servern zum Heizen von Gebäuden oder die Nutzung von Batterien aus der Elektromobilität für die Stromspeicherung in Gebäuden)

Sächsische SPD steht für den Weg des Ausgleichs

Sachsen verfügt über umfangreiche Ressourcen und Know-How. Vor allem das Wissen und die Erfahrung der Beschäftigten im Energiesektor, die Kompetenzen in vielen Technologiebereichen und eine im Bundesvergleich herausragende Forschungs- und Wissenschaftslandschaft können und werden sicherstellen, dass Sachsen auch im Energiesystem der Zukunft „Energiland“ bleibt.

Die Sächsische SPD steht für eine Klimaschutz-, Energie- und Strukturpolitik, die zwischen den verschiedenen Positionen vermittelt und einen Weg des Ausgleichs sucht: so müssen die Bedürfnisse der heutigen Generation ebenso im Blick behalten, wie die berechtigten Wünsche und Interessen kommender Generationen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Heutiger Wohlstand und soziale Gerechtigkeit darf nicht auf dem Rücken zukünftiger Generationen erkaufte werden. Die Lebensleistung der heutigen Generationen und der Menschen in den Revieren muss aber genauso gewürdigt werden!

Die einem solchen Ausgleich zugrundeliegende Vereinbarkeit von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit ist keine einfach zu lösende Aufgabe – wir werden uns ihr aber stellen und sie angehen!